



## Gute Arbeit für Köln

Kommunalpolitische  
Forderungen der  
Kölner Gewerkschaften  
2009 – 2014

DGB-Region Köln-Leverkusen-Erft-Berg  
Hans-Böckler-Platz 1 • 50672 Köln  
Telefon: 02 21/50 00 32 0 • Fax: 02 21/50 00 32 20  
Koeln@DGB.de • [www.DGB-Region-Koeln.de](http://www.DGB-Region-Koeln.de)



# Gute Arbeit für Köln

## Kommunalpolitische Forderungen der Kölner Gewerkschaften 2009 – 2014

### Vorwort

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften in der Region Köln engagieren sich für gute Arbeit, ein gutes Entgelt, eine zukunftsfähige Bildung und Ausbildung, Mitbestimmung in der Arbeitswelt und Demokratie und eine sozial gerechte Gesellschaft. Wir wollen menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen für alle Menschen in Köln und in unserer Region.

Wir leben in einer Region, die den Strukturwandel der letzten Jahre besser bewältigt hat als andere Regionen. Dennoch müssen wir uns seit Jahren mit einer hohen Sockelarbeitslosigkeit, mit dem Mangel an Ausbildungsplätzen, mit wachsender Ungleichheit in der Bildung wie in den Lebensverhältnissen der Menschen auseinandersetzen.

Arbeitslosigkeit, Armut, Ausschluss von Bildung und Lebenschancen auf der einen, Reichtum und Wohlstand, Bildungsprivilegien und beste Wohnqualität auf der anderen Seite zerstören den Zusammenhalt unserer Stadt und schüren soziale Konflikte.

Wir sind der Überzeugung, dass es nur in einer sozial gerechten Stadtgesellschaft, in der alle Menschen gleiche Chancen auf gute Arbeit, Wohlstand, Bildung, Teilhabe an Kultur, Freizeit und Erholung in lebenswerten Stadtvierteln haben, ein friedliches Miteinander geben kann.

Dafür brauchen wir eine finanziell handlungsfähige und gut verwaltete Stadt, in denen Rat und Verwaltung nicht den Interessen der Reichen und Einflussreichen folgen, die in der Stadt gut leben und an der Stadt viel verdienen wollen, sondern die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung berücksichtigen.

Wir knüpfen an die gute Tradition des DGB und der ÖTV bzw. Verdi Köln an und legen für die Kommunalwahlen 2009 und die darauf folgende Ratsperiode Vorschläge und Forderungen vor, in deren Mittelpunkt die Zukunft der Stadt und ihrer Töchter, Gute Arbeit, Ausbildung für alle jungen Menschen und ein gerechtes Bildungssystem stehen. Sie wur-

den auf unserer Kommunalpolitischen Konferenz im Mai 2008 ausführlich diskutiert, der Bildungspolitische Teil auf der Bildungskonferenz von GEW und DGB im November 2007.

Wir formulieren unsere Positionen aus Sicht der arbeitenden Menschen und ihrer Gewerkschaften und in Verantwortung für die Stadt und alle ihre Bürgerinnen und Bürger.

Wir erwarten, dass die Parteien und ihre Kandidatinnen und Kandidaten und insbesondere die, die sich um das Amt des Oberbürgermeisters bewerben, unsere Vorschläge aufgreifen und nach der Kommunalwahl umsetzen. Ihre Aussagen sollen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser in die Lage versetzen, ihre Wahlentscheidung zu treffen.

Köln im Juni 2008

**Dr. Wolfgang Uellenberg–van Dawen**  
DGB-Regionsvorsitzender Köln

**Peter Densborn**  
Vorsitzender ver.di-Bezirk Köln

## Unsere wichtigsten Ziele:

### 1. Gute Arbeit für jeden und jede

Wir wollen, dass alle Menschen in Köln und der Region eine gute Arbeit haben, von der sie menschenwürdig leben können. Dazu kann die Stadt durch ihre Wirtschaftsförderung, ihre Ansiedlungspolitik, als Investor und Auftraggeber, aber auch als Arbeitgeber einen wesentlichen Beitrag leisten. Industrielle Netzwerke sollen besonders unterstützt, Köln als Standort für private und öffentliche Dienstleistungen ausgebaut, neue Wirtschaftszweige wie die Gesundheitswirtschaft und die Kreativwirtschaft unterstützt werden. Immer mehr entscheiden gute und qualifizierte Beschäftigte über die Zukunft der Wirtschaft. Darum müssen alle Chancen ergriffen werden, um Aus- und Weiterbildung zu stärken und auch die vielen Menschen mit Migrationshintergrund gut auszubilden.

### 2. Die öffentliche Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger ausbauen

Wir wollen die öffentliche Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge erhalten und in ihrer Qualität für alle Menschen in Köln verbessern. Qualitativ gute öffentliche Dienstleistungen müssen für alle Bürgerinnen und Bürger vorhanden sein. Eine Daseinsvorsorge nach dem Motto »Privat vor Staat« kann dies nicht leisten. Wir fordern gute Arbeitsbedingungen, gutes Geld und Mitbestimmung für die Beschäftigten im Konzern Stadt.

Wir setzen uns für mehr Effizienz in der Stadtverwaltung und in den Töchtern der Stadt ein, ein falsches wirtschaftliches Denken, das nur Kosten senken will, lehnen wir ab.

### 3. Gleiche Chancen in der Bildung

Wir wollen individuelle Förderung und die gleichen Chancen für alle Kinder und Jugendliche vom ersten Lebensjahr an. Vor allem die Angebote für Kinder aus bildungsfernen Schichten müssen verstärkt werden. Die Bildungsangebote in Träger-

schaft der Stadt müssen ausgebaut und in ihrer Qualität verbessert werden. Dazu gehört auch mehr und gut ausgebildetes Personal. Wir erwarten von der Stadt als Schulträger, dass sie sich zur »Schule für alle« im Sinne eines integrierten Schulsystems bekennt, in dem Bildungsschranken beseitigt und jeder Schüler und jede Schülerin optimal gefördert werden kann.

### 4. Unsere Stadt muss zusammenhalten

Wir wollen, dass alle Menschen in Köln menschenwürdig leben und gleiche Chancen auf gute Wohnqualität, ausreichende Freizeit – Kultur – und Sportmöglichkeiten haben und ihnen, wenn es nötig wird, individuell geholfen wird. Lebensqualität darf nicht allein von Einkommen und Vermögen abhängen. Auch in Köln verschärft sich der Gegensatz von Arm und Reich. Während die Wohn- und Lebensqualität, das Angebot an Bildung, Freizeit, Kultur, Sport, Events und Einkaufsmöglichkeiten für die Wohlhabenden sich ständig verbessert, mangelt es an bezahlbarem Wohnraum, Kultur- und Bildungsangeboten, Jugendeinrichtungen, Freizeitmöglichkeiten vor allem aber an Ausbildung, Arbeit und individueller Hilfe und Beratung für arme und sozial schwache Menschen. Immer mehr Menschen werden an den Rand gedrängt und ausgegrenzt. Soziale Probleme konzentrieren sich in bestimmten Stadtvierteln. Darum brauchen wir einen Gesamtplan »Soziales Köln«.

### 5. Für eine solidarische Gesellschaft mit vielen Kulturen

Wir wollen, dass die Menschen unterschiedlicher Kulturen, Religionen und Herkunft friedlich miteinander leben und Konflikte, die aus dieser Unterschiedlichkeit herkommen, demokratisch miteinander lösen.

Basis der Integration und des Zusammenlebens müssen die Menschenrechte sein, die allen unveräußerlich sind. Dies gilt auch für die illegalen und die geduldeten Flüchtlinge. Wir verurteilen eindeu-

tig jede Form der Diskriminierung und des Rassismus und fordern alle demokratischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen auf, Rassisten und Neonazis keine Chance zu geben.

## Die Zukunft der Stadt und ihrer Töchter <sup>1</sup>

### A: Allgemeiner Teil

Europa-, Bundes- und Landesrecht ändert ständig die Rahmenbedingungen der kommunalen Daseinsvorsorge, die Struktur der Bevölkerung ändert sich und auch die Entwicklung auf den Märkten hat Auswirkungen auf die kommunale Daseinsvorsorge. Diese Veränderungsprozesse verlangen von der Politik Entscheidungen, um angemessen auf diese Entwicklungen reagieren zu können. Dabei müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessensvertreter, die Betriebs- und Personalräte von Anfang an beteiligt werden und mitbestimmen können. Die Vergangenheit zeigt, dass Mitbestimmung entscheidend dafür ist, ob Veränderungsprozesse erfolgreich sind oder nicht. Darum muss die Mitbestimmung in den Betrieben, auf Unternehmensebene und in der Verwaltung respektiert, gestärkt und ausgebaut werden.

### Bekanntnis zur Daseinsvorsorge ...

Wir erwarten von den demokratischen Parteien, von Rat und Verwaltung ein klares Bekenntnis zu einer umfassenden öffentlichen Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge. Sie ist eine wichtige Säule unseres Sozialstaates. Öffentliche Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge steht allen Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen zur Verfügung. Darum ist sie ein Gebot sozialer Gerechtigkeit.

Öffentliche Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge hat ihren Preis, den die Bürgerinnen und Bürger über Gebühren oder Steuern finanzieren. Dafür kön-

nen sie eine qualitativ hochwertige, beständige und sichere Dienstleistung erwarten. Darum erwarten auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dass öffentliche Dienstleistungen effizient und bürgerefreundlich erbracht werden. Dies ist möglich, wenn sich alle gleichermaßen diesen Zielen verpflichtet fühlen und daran mitarbeiten.

Zur öffentlichen Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge gehören:

- die Stadtverwaltung mit dem gesamten Bürgerservice
- kommunale Bildungs- und Kultureinrichtungen
- Kinder – und Jugendhilfe, Altenbetreuung und Pflege
- der öffentliche Personennahverkehr
- die Ver- und Entsorgung
- der Erhalt und Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur, einschließlich der Häfen und des Flughafens
- Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung
- die Sparkassen und die Köln Messe
- die gesundheitliche Grundversorgung einschließlich der städtischen Kliniken
- bezahlbarer Wohnraum, einschließlich GAG und Grubo.

In der Stadt Köln wird die öffentliche Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge durch die Stadt Köln selbst sowie Unternehmen in verschiedenen Rechtsformen erbracht. Öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Formen der Daseinsvorsorge haben sich als sinnvoll erwiesen. Sie sind am besten in der Lage, Umwelt- und Sozialstandards einzuhalten und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in dem von der Politik gesetzten Rahmen Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzubieten. Darum erwarten wir, dass alle Unternehmen im öffentlichen Eigentum verbleiben. Den Verkauf oder Teilverkauf kommunaler Unternehmen lehnen wir ab.

<sup>1</sup> Dieser Teil wurde gemeinsam mit den Betriebs- und Personalräten und ver.di erarbeitet



### **Einfluss EU ..., Bund..., Land ...**

Der EU Reformvertrag von Lissabon bekennt sich ausdrücklich zur »regionalen und lokalen Selbstverwaltung« (Art. 3 Abs. 2), und im Zusatzprotokoll zu den Diensten im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse wird der »weite Ermessensspielraum der nationalen, regionalen und lokalen Behörden in der Frage, wie Dienst von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse in Auftrag zu geben und zu organisieren sind,« (Zusatzprotokoll Nr. 9, Artikel 1, Abs. 1) garantiert. Das hindert die mehrheitlich neoliberal ausgerichtete Kommission nicht an dem Versuch, Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge den Gesetzen des Binnenmarktes unterwerfen zu wollen. Es sind dieselben politischen Kräfte, die in der Kommune, im Land NRW, im Bund und in Europa die öffentliche Daseinsvorsorge privatisieren und den Gesetzen des Marktes überlassen wollen. Die Gewerkschaften ergreifen hingegen Partei für diejenigen, die sich auf allen politischen Ebenen zur öffentlichen Daseinsvorsorge bekennen. Öffentliche Daseinsvorsorge muss in allen Bereichen auch durch die direkte Vergabe an kommunale Unternehmen organisiert und durch öffentliche Mittel finanziert werden können. Nur so kann sie für alle Bürgerinnen und Bürger erschwinglich bleiben. Wir lehnen einen armen Staat, den sich nur die Reichen leisten können, ab.

### **Gemeindefinanzierung**

Die Senkung der Unternehmenssteuern in den Jahren 2000/2001 und 2007 hat die Städte und Gemeinden an den Rand des Ruins gebracht. Die Körperschaftssteuer wurde von einstmalig 40 auf nun nur noch 15% abgesenkt, die Gewerbesteuer brach ein. Nur die aktuelle Erholung der Konjunktur und damit steigende Gewerbesteuererinnahmen retten die Kommune vor dem Abgrund. Die Entlastung der kommunalen Haushalte durch die Hartz Reformen ist nur bedingt eingetreten, das Land NRW hat zu Lasten der Kommunen seinen Haushalt saniert. Darum erwarten wir von der Politik in Köln, im Land und



Peter Densborn, Vorsitzender ver.di-Bezirk Köln,  
Kommunalpolitische Konferenz 2008

im Bund, dass sie sich für eine auf Dauer stabile und ergiebige Gemeindefinanzierung einsetzt. Die Gewerbesteuer muss erhalten bleiben und ihre Basis verbreitert werden. Wir fordern eine effektive Besteuerung höchster Einkommen und privater Großvermögen und Erbschaften, die in erster Linie den kommunalen Haushalten zu Gute kommen müssen.

### **GO §107 ... Benachteiligung aufheben!**

Nach dem Grundsatz »Privat vor Staat«, hat die NRW Landesregierung den kommunalen Unternehmen Fesseln angelegt, um die Kommune zu zwingen, die öffentliche Daseinsvorsorge Privaten zu überantworten. Kommunale Unternehmen sollen im Wettbewerb um die Vergabe öffentlicher Aufträge nur noch nachrangig berücksichtigt werden. Damit werden in der Regel nicht die regionale Wirtschaft, sondern große private Dienstleistungskonzerne die Aufträge erhalten. Die kommunale Wirtschaft kann nicht mehr wachsen und die Einnahmehasis der Stadt wird geschmälert. Wir erwarten, dass die NRW Landesregierung diese Einschränkungen des § 107 GO wieder aufhebt. Von Rat und Verwaltung erwarten wir, dass keine Dienstleistungen mehr ausgegründet werden bzw. Dienstleistungen wieder in die direkte Verfügung der Kom-

mune übergehen, da die Gefahr besteht, dass sie unter den Bedingungen des § 107 GO am Ende vollständig privatisiert werden müssen. ( z.B. Köln Tourismus )

### **Sparkassen erhalten**

Wir legen besonderen Wert darauf, dass die Sparkassen im öffentlichen Eigentum verbleiben. Ein Gesetz, dass den privaten Banken den Einstieg oder die Übernahme der Sparkassen – in unserer Region der Stadt Sparkasse Köln – Bonn, der Stadt Sparkasse Leverkusen und der Kreissparkasse Köln – ermöglicht, würde eine seit über einem Jahrhundert gewachsene Struktur zerschlagen zum Nachteil aller: Der Kleinen und mittleren Unternehmen, die hier günstig Kredite aufnehmen können, der privaten Kunden und Kleinsparer aber auch der Kommunen, die über die Sparkassen die kommunale Wirtschaft fördern. Mit ihren Stiftungen unterstützen die Sparkassen zudem Kunst und Kultur, Bildung und zahlreiche soziale Projekte. Privatisierte Sparkassen hätten dafür kein Geld mehr.

### **Verantwortungsbewusstsein der öffentlichen Anteilseigner in den Aufsichtsgremien der kommunalen Unternehmen**

Rat und Verwaltung haben die Aufgabe, den kommunalen Unternehmen konkrete Ziele zu setzen, um ihre Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger effektiv und bürgerfreundlich zu erledigen. Sie haben auch die Aufgabe, als Gesellschafter oder Anteilseigner die Geschäftsführungen bzw. Vorstände zu überwachen. Es widerspricht jedoch einer effizienten und verantwortlichen Unternehmenspolitik, wenn die Vertreter der Stadt parteipolitische Auseinandersetzungen in den Aufsichtsgremien der Unternehmen austragen und auf die Unternehmensstrategie unter parteipolitischen Gesichtspunkten Einfluss nehmen. Dies ist auch mit den Regeln der Mitbestimmung nicht vereinbar. Darum erwarten wir vom Rat und den in die Unternehmen entsandten Vertreterinnen und Vertreter ihr Han-

deln am Unternehmenszweck auszurichten und ihre Entscheidungen in Verantwortung für das Unternehmen und seine Beschäftigten zu treffen.

### **Beträuerungen, Leistungsverträge und Konzessionen**

Wir erwarten, dass die Stadt ihre kommunalen Unternehmen durch faire und langfristige Leistungsverträge und Konzessionsvergaben mit der Erbringung der Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge betraut.

### **Gebühren- und Preisdeckel ... vs. Gewinnabführung**

Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge haben ihren Preis, dafür können die Bürgerinnen und Bürger gute Qualität erwarten. Die Festsetzung der Gebühren und Preise muss daher so erfolgen, dass diese hohe Qualität erhalten und verbessert werden kann. Die Gewerkschaften setzen sich für eine effiziente Leistungserbringung ein, lehnen aber ein falsches wirtschaftliches Denken ab, das allein an niedrigen Gebühren und Preisen orientiert ist. Wer gute Arbeit will, muss Arbeit auch gut bezahlen. Dies begrenzt auch die Gewinnabführung der Unternehmen an den Haushalt der Stadt Köln. Vorrang haben bei der Verwendung der Gewinne die Investitionen und Innovationen in die Dienstleistung des Unternehmens – das nützt am Ende allen. Zudem zahlen die kommunalen Unternehmen einen erheblichen Teil der Gewerbesteuer.

### **Keine Tariffucht aus TVöD / TV-V / TV-N ... für 36.000 Arbeitsplätze**

Leistungsfähige, qualifizierte und motivierte Beschäftigte sind der beste Garant für gute Arbeit. Gute Arbeit muss aber auch gut und gerecht entgolten werden und zu menschenwürdigen Bedingungen geleistet werden können. Darum muss die Tarifbindung für alle 36 000 Beschäftigten im Verantwortungsbereich der Stadt Köln und ihrer Töchter erhalten bleiben. Es darf keine Tariffucht aus den mit

ver.di abgeschlossenen Tarifen des öffentlichen Dienstes, des Nahverkehrs, der Ver- und Entsorgung usw. geben. Vielmehr erwarten wir, dass sich Rat und Verwaltung zu Tarifbindung an die mit Ver.di abgeschlossenen Tarifverträge und zur Mitgliedschaft im Kommunalen Arbeitgeberverband bekennt.

### **Beschäftigungssicherung für 36.000 Arbeitsplätze**

Die Haushaltskonsolidierungen der letzten Jahre haben Arbeitsplätze gekostet und Leistungen verdrängt. Beschäftigte sind vielfach überlastet und sind verunsichert. Darum lehnen wir einen weiteren Personalabbau, der nicht nur zu Lasten der Beschäftigten, sondern auch zu Qualitätsabbau führt, ab. Die Beschäftigten erwarten daher eine klare Aussage zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze.



### **Ausbildung / Ausbildungsquote / Übernahme**

Angeichts der demographischen Entwicklung und der Versäumnisse in der Ausbildung droht in den nächsten Jahren ein Fachkräftemangel auch im öffentlichen Sektor. Darum muss das Angebot an Ausbildungsplätzen so weit gesteigert werden, dass der voraussichtliche Personalbedarf in den nächsten Jahren gedeckt werden kann. Voraussetzung hierfür ist eine Altersstrukturanalyse der Beschäftigten. Die nach Bedarf Ausgebildeten müssen dann auch übernommen werden. Wenn über Bedarf ausgebildet wird, sollte eine zumindest befristete Per-

spektive im erlernten Beruf angeboten werden. Bei der Gewinnung junger Menschen sollten vor allem junge Menschen mit Migrationshintergrund berücksichtigt werden, um auch im Angebot der öffentlichen Daseinsvorsorge der kulturellen Zusammensetzung der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Eine gleichberechtigte Teilnahme von Frauen und Männer ist dabei durchgehend zu berücksichtigen.

### **Mitbestimmung ASR / AöR (Beiräte)**

Die Mitbestimmung in den Aufsichtsräten und den Beiräten hat sich bewährt. Die Folgen von Neuorganisation und Ausgliederung konnten so mit den Beschäftigten gestaltet werden. Dies hat zu Transparenz und Sicherheit beigetragen. Die umfangreichen Modernisierungen waren auch erfolgreich, weil die Beschäftigten ihre Kompetenz einbringen konnten. Mitbestimmung ist ein Gewinn für alle, weil alle an der Gestaltung der Arbeit beteiligt sind. Darum muss die Mitbestimmung auf dem höchst möglichen Niveau beibehalten und als durchgängiges Prinzip aller Unternehmen, die sich im Besitz der Stadt befinden, zur Geltung kommen.

### **Zukunft / Strategische Ausrichtung**

Die politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge ändern sich rasant. Auch die Kölner Bevölkerung verändert ihr Gesicht: Migration und demographischer Wandel, die Veränderung der Arbeits- und Lebenszeiten, aber auch die zunehmende Spaltung von Arm und Reich, von Menschen mit Perspektiven in der Gesellschaft und denen, die an den Rand gedrängt werden, stellen andere Anforderungen an die öffentliche Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge. Ver.di und der DGB schlagen daher dem neu gewählten Rat und dem oder der künftigen Oberbürgermeisterin vor, einen Dialog über die strategische Ausrichtung und die Zukunft des Konzern Stadt Köln zu führen und dabei auch positive Beispiele aus anderen Kommunen zu bewerten.

## **B: Forderungen für den Konzern Stadt und seine Töchter:**

### **Stadt Köln**

Mit dem Leitbild »Köln 2020«, über dessen Ziele und Handlungsfelder ein breiter gesellschaftlicher Konsens besteht, haben sich die politischen Akteure die Aufgabe gesteckt, die Qualität der kommunalen Dienstleistungen in allen Bereichen in erheblichem Maße zu erhöhen und den Erfordernissen einer differenzierten Stadtbevölkerung anzupassen.

Ein solches Vorhaben ist jedoch ohne eine nachhaltige Personalpolitik nicht umzusetzen. Die Kommunalpolitik wird daher aufgefordert, die haushaltspolitischen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Personalgewinnung und -qualifizierung zu schaffen. Das Ziel der Qualitätssteigerung ist mit einer rigorosen Personal- und Sparpolitik nicht zu vereinbaren. Dieses Ziel ist ebenfalls nicht zu erreichen, wenn die Interessen der kommunalen Beschäftigten im Prozess der Qualitätssteigerung keine Berücksichtigung finden.

Eine weitergehende Privatisierung von zuvor von der Kommune erbrachten geringqualifizierten Dienstleistungen darf nicht die Tariffucht begünstigen und zu einer Verschlechterung von Qualität und Arbeitsbedingungen führen.

Die Fremdvergabe von anspruchsvollen Dienstleistungsaufträgen, die ein hohes Maß an Wissen und Fertigkeiten erfordern, führt zur Ausdünnung des Know-hows in der Kommunalverwaltung. Ziel muss es sein, wissensintensive Dienstleistungen von den Beschäftigten der Kommunalverwaltung erbringen zu lassen.

Wer in allen Bereichen Dienstleistungen von besonderer Qualität fordert, muss bereits sein, die Beschäftigten gut zu qualifizieren, einen guten Lohn dafür zu zahlen und die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten zu erhalten.

### **KVB Verlängerung der Betrauung bis 2019**

Der Rat wird aufgefordert, die rechtssicheren Übergangsfristen der EU Verordnung 1370/ 2007 zum ÖPNV zu nutzen und die KVB bis zum Jahre 2019 mit dem öffentlichen Personennahverkehr zu betrauen. Die KVB haben bewiesen, dass sie in einer auf Grund der geographischen Lage und der Stadtstruktur verkehrstechnisch schwierigen Stadt Verkehrsdienstleistungen auf hohem Niveau effizient erbringen können. Die KVB halten hohe Umweltschutzstandards ein, ihre Angebote wurden vor allem in der Nacht und am späten Abend verbessert. Viele Menschen sind auf die KVB angewiesen und auch Großevents wie der Weltjugendtag wurden mit Hilfe der KVB zur allgemeinen Zufriedenheit bewältigt.

### **Finanzkraft SWK der Konzerngesellschaften stärken**

Vor dem Hintergrund der politisch gewollten sozial ausgerichteten Fahrpreise kann die KVB AG mit ihrem hohen Leistungsangebot und den vorhandenen Qualitätsstandards nicht kostendeckend handeln. In den letzten Jahren war es nicht zuletzt durch den Beitrag motivierter und engagierter Beschäftigter möglich, die Effizienz der KVB in hohem Maße zu steigern und die Kürzung öffentlicher Mittel in Millionenhöhe zu kompensieren. Gleichzeitig haben die Beschäftigten ein abgesenktes Tarifniveau (TV – N) akzeptiert, um das Unternehmen und ihre Arbeitsplätze zu erhalten.

Auch in Zukunft ist der steuerliche Querverbund im Stadt Werke Konzern ein gutes Instrument, um die Defizite im ÖPNV auszugleichen. Dies bedeutet auch, dass Mittel aus dem Haushalt der Stadt Köln dafür nicht gebraucht werden. Dies setzt voraus, dass der heutige steuerliche Querverbund dauerhaft durch die Bundesgesetzgebung erhalten wird und die Finanzkraft des Stadt Werke Konzerns erhalten bleibt.





Kommunalpolitische Konferenz 2008 im Ausbildungszentrum RheinEnergie AG

### HGK

Alle Prognosen über die Entwicklung der Gütertonnage gehen von einer rasanten Steigerung aus, die auch aus Gründen des Umweltschutzes über Schiene und Wasser abgewickelt werden muss. Die HGK ist dafür als regionaler und überregionaler Anbieter unverzichtbar. Um die notwendige Modernisierung der Einrichtungen zu sichern, müssen die Investitionsmittel in dem Unternehmen verbleiben.

Die Kölner Gewerkschaften unterstützen den Ausbau und die Optimierung der Kölner Häfen. Sie erwarten, dass die strategische Ausrichtung im Rahmen eines von der HGK zu entwickelnden Hafenkonzeptes geschieht. In diesem muss der Erhalt der Häfen festgeschrieben werden. Die Umwandlung des Hafengeländes in Wohn- und Gewerbeimmobilien, wie derzeit für den Deutzer Hafen öffentlich diskutiert, lehnen wir ab.

### RheinEnergie

Die RheinEnergie ist zum anerkannten regionalen Energieversorger geworden und braucht auch in ihrer Unternehmensentwicklung eine sichere Per-

spektive. Sie muss auch in Zukunft unveräußerlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge bleiben. Ein Verkauf der RheinEnergie hätte fatale Folgen für den Stadt Werke Konzern und die Stadt. Umso mehr erwarten wir von den Anteilseignern im Aufsichtsrat eine verantwortungsvolle Politik der RheinEnergie gegenüber. Man kann nicht hohe Energiepreise kritisieren und zugleich die RheinEnergie in die finanzielle Verantwortung für den Haushalt der Stadt oder des SWK nehmen. Die paritätische Mitbestimmung nach dem Mitbestimmungsgesetz § 76 muss auch bei Umstrukturierungen des Unternehmens, die durch die EU erzwungen werden, erhalten bleiben.

### AWB GmbH & Co. KG

Wie kaum ein anderes Unternehmen wurden die Abfallwirtschaftsbetriebe in ihrer Leistung und in ihrer Organisationsform den Vorgaben wechselnder politischer Mehrheiten unterworfen. Dennoch haben sie in beeindruckender und professioneller Weise ihre Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbracht und verbessert. Darum erwar-

ten wir, dass die Reinigung aus einer Hand im gesamten Stadtgebiet ausgebaut wird. Dienstleistungen, die nicht zwanghaft auszuschreiben sind, dürfen nicht aus ideologischen Gründen (Privat vor Staat) ausgeschrieben werden.

Um das gute Niveau der Dienstleistungen durch die AWB GmbH & Co. KG zu erhalten, müssen die bestehenden Leistungsverträge zwischen der Stadt Köln und der AWB GmbH & Co. KG ab 2013 bis 2018 verlängert werden. Parallel erwarten wir, die bestehende tarifvertraglich vereinbarte Beschäftigungssicherung für die rund 1400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenfalls bis 2018 zu verlängern.

### AVG GmbH

Wir erwarten die Rekommunalisierung des privaten Anteils der REMONDIS Rheinland GmbH von derzeit 49,9 % an der AVG GmbH. Die Anteile der AVG GmbH müssen zu 100 % durch die SWK GmbH gehalten werden.

Die Arbeitsbedingungen nach TVÖD der fast 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind derzeit lediglich einzelvertraglich geregelt. Wir fordern, dass die AVG GmbH ordentliches Mitglied im KAV NW wird, um eine unmittelbare tarifliche Anbindung sicher zu stellen.

### StEB

Für die Stadtentwässerungsbetriebe verlangen wir die Sicherung der Rechtsform als AöR sowie die Mitbestimmung im Verwaltungsrat.

### BRUNATA

Brunate muss im SWK als Konzerngesellschaft im Verbund GEW bleiben und die Tarifbindung erhalten.

### Bäder

Das Angebot an Hallen – und Freibädern ist zur Förderung der Gesundheit und des Sportes unverzichtbar. Private Anbieter kommen nur durch hohe Preise auf ihre Kosten. Wenn Gesundheitsprävention für alle erschwinglich bleiben soll, braucht Köln

ein kommunales Bäderkonzept in dem alle bisherigen Standorte erhalten bleiben und soweit erforderlich auch modernisiert werden. Die Finanzierung der Bäder muss durch den Querverbund im SWK Konzern gesichert werden.

### Sozial – Betriebe Köln (SBK)

Angesichts eines steigenden Anteils älterer Menschen in unserer Gesellschaft und einer zu erwartenden starken Zunahme der Pflegebedürftigkeit ist es von öffentlichem Interesse, sich mit der Zukunft von Pflege und ihren Rahmenbedingungen auseinander zu setzen. Hierbei gilt es Einfluss auf Standards zu nehmen und dringend erforderliche Verbesserungen sowohl für die Pflegebedürftigen als auch für die Pflegenden einzufordern.

Die Pflege, Betreuung und Förderung von Alten und behinderten Menschen gehört zur öffentlichen Daseinsvor- und fürsorge und ist nicht marktfähig. Pflege ist eine Aufgabe der Solidargemeinschaft. Gewinne im Pflegebereich können lediglich auf Kosten der Beschäftigten (Dumpinglöhne, Arbeitsverdichtung, Absenkung der Fachkraftquoten und Minderbesetzung) und damit zu Lasten der zum Schaden der Betroffenen erzielt werden.

Die SBK gehören mit ca. 1300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und 14 Standorten zu einem der größten kommunalen Dienstleister im Senioren- und Behindertenbereich mit einem breit gefächerten Angebot. Dem Einsatz aller Beschäftigten ist es zu verdanken, dass die SBK ein solides Unternehmen mit wirtschaftlich guten Ergebnissen sind. Es darf auf keinen Fall akzeptiert werden, dass die SBK als kommunale Einrichtung aus dem KAV austritt und sich vom Flächentarifvertrag verabschiedet. Die Politik muss sicher stellen, dass die SBK Tarifergebnisse übernimmt und dies refinanziert wird.

### Städtische Kliniken

Die Kliniken der Stadt Köln bleiben für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung unverzichtbar. Als gemeinnützige GmbH in öffentlicher Verant-

wortung bieten sie Dienstleistungen z.B. in der Schwerstverbrannten Versorgung an, die sich für Private nicht lohnen. Eine materielle Privatisierung würde die Gesundheitsversorgung Köln den Gesetzen eines hart umkämpften Marktes und den Interessen von Kapitalanlegern überantworten. Eine gezielte Einflussnahme auf die Gesundheitswirtschaft wäre ebenfalls nicht mehr möglich. Darum dürfen die Kliniken weder ganz noch in Teilen an Private verkauft werden.

Die guten wirtschaftlichen Ergebnisse verdanken die Kliniken dem Einsatz der Beschäftigten, ihre Arbeitsplätze müssen in Zukunft gesichert und wo erforderlich ausgebaut werden. Die Zusagen aus der Kommunalpolitik, die paritätische Mitbestimmung nach dem Mitbestimmungsgesetz § 76 analog der Mitbestimmung bei den Kliniken der Stadt Dortmund im Aufsichtsrat der Klinik einzuführen, müssen endlich eingelöst werden.

### Finanzierung – Einfluss auf Bundespolitik

Die Unterfinanzierung der Krankenhäuser bestimmt zunehmend die Patientenversorgung und die Arbeitsbedingungen der Krankenhausbeschäftigten. Krankenhäuser müssen zusätzliche Kosten übernehmen, die von ihnen kaum zu beeinflussen sind. Das betrifft Mietkosten, Energiekosten, die Mehrwertsteuer, die Anschubfinanzierung für neue Versorgungsmodelle. Die Folge: Der gesetzlich verordneten Budgetdeckel stranguliert die Krankenhäuser und zwingt sie vor allem beim Personal zu kürzen. Dies wiederum hat Auswirkungen auf die Qualität und das Angebot. Darum erwarten wir von Rat und Verwaltung, dass sie sich beim Land und beim Bund dafür einsetzen, dass Krankenhäuser, die die medizinische Grundversorgung der Bevölkerung sicher stellen, ausreichend und entsprechend ihren Aufgaben finanziert werden.

## C: Kunst und Kultur

Köln ist eine wesentlich durch Kunst und Kultur geprägte Stadt. Dabei ist der kulturelle Sektor nicht nur Identitätsmerkmal, sondern auch ein wichtiger Standort- und Wirtschaftsfaktor. Der mit Mitteln der RheinEnergieStiftung erstellte Kulturwirtschaftsbericht 2007 hat die Bedeutung der Kulturwirtschaft für die Region Köln eindrucksvoll dargestellt. Auch für die Außendarstellung der Stadt und ihre Attraktivität für Firmenansiedlungen ist die Ausstrahlung der städtischen und privaten Kultureinrichtungen wichtig.

Der DGB Region Köln betrachtet Kunst und Kultur darüber hinaus auch als wesentlichen **Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge**:

- Die zunehmende gesellschaftliche Spaltung in nach Herkunft und sozialem Status getrennte Milieus bedroht den Zusammenhalt, das Selbstbild und die Identität der Stadt. Um diesem Auseinanderbrechen entgegen zu wirken und um allen Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, ist Beschäftigung mit Kunst und Kultur wichtig.
- Insbesondere Kinder und Jugendliche brauchen die Beschäftigung mit Literatur und Theater, Bildender Kunst und Geschichte, um ihren eigenen Standort in der Gesellschaft zu finden und ihre Fähigkeiten und Begabungen möglichst vielfältig zu entwickeln.
- Im Zuge der demografischen Entwicklung ist jedoch auch die kulturelle Bildungsarbeit mit Senioren/innen zu stärken und auszubauen.
- Die sich immer schneller wandelnden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt erfordern eine ständige Wissenserweiterung und Weiterbildung der Arbeitnehmer/innen. Auch im Zusammenhang mit den Erfordernissen des »lebenslangen Lernens« kommt der kulturellen Bildung eine erhebliche Bedeutung zu.

Kultur ist eine »freiwillige«, d.h. von der Kom-

mune selbst gestaltbare Aufgabe. In den letzten Jahrzehnten war dies jedoch der Grund, die Mittel für Kultur immer wieder zu Haushaltskonsolidierungen heranzuziehen und den Anteil des Kultur-etats am städtischen Haushalt auf unter 3% abzusinken.

Inzwischen ist hier bei den politisch Verantwortlichen glücklicherweise ein Umdenken zu verzeichnen. Der Zusammenhang von kultureller Bildung und sozialem Zusammenhalt und auch die Bedeutung von Kunst und Kultur für Innovationskraft und Kreativität der Stadt sind erkannt.

Um die Kulturentwicklung auf eine verlässlichere und nachhaltigere Basis zu stellen, ist ein Kulturentwicklungsplan in Arbeit. Der DGB Region Köln unterstützt dieses Vorhaben ausdrücklich und sieht den **Kulturentwicklungsplan als gutes Mittel, die Aufgabe »Kultur« als für Köln verpflichtend, nicht disponibel und im Sinne nachhaltiger Förderung weiter zu entwickelndes politisches Ziel festzuschreiben.**

### Kultur braucht »gute Arbeit«

Zur Kultur im weitesten Sinne gehören aber auch die Arbeitsbedingungen derjenigen, die Kunst und Kultur produzieren. Insbesondere die »freie« Kulturszene ist geprägt von prekären Arbeitsverhältnissen, kurzfristig projektbezogenen Beschäftigungsverhältnissen und Löhnen am Rande des Existenzminimums.

Solchen Arbeitsbedingungen sollte der Kulturentwicklungsplan einen Riegel vorschieben und Förderkriterien so gestalten, dass die Arbeitsbedingungen bei der Mittelvergabe berücksichtigt werden.

Inzwischen muss diese Forderung nach sicheren und angemessen bezahlten Arbeitsverhältnissen allerdings auch für die städtischen Kultureinrichtungen erhoben werden. Seit Jahren erfolgen Neueinstellungen nur noch befristet auf maximal zwei Jahre, nehmen minimal oder gar nicht bezahlte Praktika, geringfügige Beschäftigung oder Arbeitsverhältnisse auf 1-Euro-Basis zu.



Qualität und Nachhaltigkeit von Kulturarbeit hängen unabdingbar mit gut ausgebildetem, eingearbeitetem und engagiertem Personal zusammen. Nur mit verlässlicher Finanzierung und sicheren Arbeitsverhältnissen lassen sich gute Ergebnisse erzielen.

## Die Zukunft von Arbeit und Ausbildung:

### Ökologische Industriepolitik <sup>2</sup>

Die Region Köln hat den Strukturwandel im Vergleich zu anderen Regionen durch eine große Vielfalt von Branchen besser bewältigt als andere Regionen des Landes. Allerdings hat der Verlust von zehntausenden Arbeitsplätzen in der Industrie deutliche Spuren vor allem in den rechtsrheinischen Stadtteilen und auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Die Reaktion der Kölner und der Landespolitik, die Entwicklung der Industrie zu vernachlässigen und auf die Förderung von Medien und Finanzdienstleistungen zu setzen, Industriegelände umzuwidmen und Industrieansiedlungen in das Umland zu verlagern, konnte zwar aufgehalten werden. Aber immer noch fehlt maßgeblichen Kreisen in der Wirtschaft wie in der Politik das Bewusstsein dafür, dass die

<sup>2</sup> Die Positionen zur ökologischen Industriepolitik wurden auf einer gemeinsamen Konferenz von DGB, IG BCE und IG Metall im Januar 2008 diskutiert.



Basis der Wertschöpfung in unserer Stadt und in der Region die industriellen Netzwerke der Automobilindustrie, der chemischen und pharmazeutischen Industrie, des Maschinenbaus, der Druck- wie der Nahrungsmittelindustrie sind.

■ Der DGB und seine Gewerkschaften erwarten von der Stadt wie der Region eine nachhaltige Unterstützung der Entwicklung industrieller Netzwerke. Der Industriestandort Region Köln muss eine klare Perspektive behalten.

■ Die Industrie braucht nach wie vor geeignete Gewerbeflächen in ausreichendem Umfang, um sich zu erweitern und um neue Unternehmen anzusiedeln. Darum müssen die vorhandenen Flächen erhalten bzw. neue erschlossen werden.

■ Köln verfügt über eine gute industrienahe Verkehrsinfrastruktur, die erhalten werden muss. Darum müssen auch die Kölner Häfen erhalten und in einem Gesamtkonzept optimiert werden.

■ Köln und die Region brauchen nach wie vor ein wirkungsvolles Standortmarketing, das auch europäisch und international sichtbar wird.

■ Der Klimawandel und die umweltpolitischen Verpflichtungen stellen die Industrie vor neue Herausforderungen. Die Strategie der ökologischen Industriepolitik setzt auf klare Vorgaben zur Senkung der Emissionen. Sie soll damit Innovationen und Investitionen auslösen, die Produkte und Produktion nachhaltig und umweltschonend weiterentwickeln. Wir laden die Politik ein, mit den Unternehmen und den Gewerkschaften wie den Betriebsräten in diesem Sinne die Entwicklung moderner industrieller Netze weiterzuentwickeln. Wir wollen gemeinsam ein Cluster- und Innovationsmanagement, das die Verbindung von inner – wie außerbetrieblicher Forschung und Entwicklung fördert und regionale Initiativen zur ökologischen Industriepolitik (Automotive, Chemie, Energie) entwickelt.

## Moderne Dienstleistungspolitik

Mehr noch als in der europäisch und global agierenden Industrie hat die Stadt die Möglichkeit die Entwicklung der Dienstleistungen zu fördern. Die Unterstützung der Stadt Köln beim Kampf um Köln als Standort für Finanzdienstleistungen war sehr hilfreich. Ohne die Aktivitäten der Stadt und besonders der Betriebsrätinnen und Betriebsräte und der Beschäftigten wären die Standorte der Allianz und des Gerling-Konzerns völlig aus Köln verschwunden.

Ein weiteres Augenmerk muss die Stadt auf die Qualität der Arbeitsplätze lenken. Finanzfabriken wie das der Gothaer Versicherung in Köln Mülheim sind kritisch zu beurteilen.

In der Kreativwirtschaft, die sich auf die Medien, Verlage, Kunst und Kultur, Graphik und Design stützt, wird eine erhebliche Beschäftigungsdynamik vermutet. Dabei wird jedoch übersehen, dass in diesem Bereich in hohem Maße prekäre Beschäftigungsverhältnisse entstanden sind: Arbeit auf der Basis von Honorar- und Werkverträgen sowie befristete Beschäftigung oder kaum bezahlte Praktika werden immer mehr zur Regel. Zudem mangelt es an geeigneten Ausbildungsplätzen. Prekarisierung aber gefährdet Kreativität, Innovationsfreude und die Qualität der Arbeit. Darum müssen sich die Arbeitsbedingungen in der Kreativwirtschaft, wo sie durch die Stadt gefördert wird, am Leitbild kreativer Freiheit und sozialer Sicherheit in unbefristeter Beschäftigung orientieren.

Wesentlichen Einfluss nimmt die Stadt auf das Angebot des Einzelhandels. Hier wurde in den letzten Jahren in Köln und der Region durch die Ansiedlung großflächigen Einzelhandels auf der grünen Wiese (Ikea) wie auch von Supermärkten in Stadtteilen (Lidl usw.) ein ruinöser Wettbewerb zu Lasten des Einzelhandels in den Stadtteilen fortgesetzt. Dadurch haben sich die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten weiter verschlechtert. Minijobs und niedrige Löhne, ungünstige Arbeitszeiten und man-



Ludger Reiberg (GEW), Andreas Spielberg (IG BAU), Willi Otten (Transnet), Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD), Stefan Sommer (Kölnische Rundschau), Dr. Witich Roßmann (IG Metall), Christa Nottebaum (ver.di), Gerhard Laskowski (IG BCE); Kommunalpolitische Konferenz 2008

gelnde Sicherheit prägen die Arbeitswelt vieler der 30 000 Beschäftigten. Der DGB und ver.di schlagen daher vor, in einem gesamtstädtischen Nahversorgungskonzept den ruinösen Wettbewerb deutlich zu begrenzen und von der Möglichkeit der Sonntagsöffnungen in der ganzen Stadt keinen Gebrauch mehr zu machen.

## Logistik und Infrastruktur

Die Verkehrsinfrastruktur in der Region Köln muss so erhalten und ausgebaut werden, dass die Unternehmen gut angebunden, die Beschäftigten schnell und sicher zur Arbeit kommen und die Beschäftigungsmöglichkeiten voll ausgeschöpft werden. Besonders für un- und angelernte Arbeitskräfte entstehen Arbeitsplätze in der Logistik, die menschenwürdig und ausreichend bezahlt sein müssen.

Daher befürwortet der DGB den weiteren Ausbau des Flughafens Köln – Bonn. Der Flughafen Köln-Bonn muss im öffentlichen Eigentum verbleiben. Sollten Anteilseigner (Bund, Land) beabsichtigen, ihre Anteile zu veräußern, ist alles daran zu set-

zen, diese Anteile durch die Stadt Köln bzw. durch städtische Unternehmen zu erwerben. Eine Veräußerung an private Investoren wird abgelehnt, da ansonsten Arbeitsplatzabbau und Lohndumping droht.

Für die Kölner Häfen brauchen wir ein **Gesamtkonzept**, das die vorhandenen Häfen optimiert. Die Umwandlung des Deutzer Hafens in ein Wohn- und Gewerbegebiet wie der Rheinauhafen lehnt der DGB ab.

Um die Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verbessern, muss der ÖPNV ausgebaut, neue Stadtteile erschlossen sowie die Taktfolgen verbessert werden. Zudem muss Köln an den neuen Rhein – Ruhr Express angeschlossen und der ICE Knotenpunkt ausgebaut werden.

## Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Der DGB setzt sich für eine integrierte Entwicklung der gesamten Stadt ein, in der für Arbeitsplätze in Industrie- und Dienstleistungen ebenso Flächen und Infrastruktur zur Verfügung stehen, wie





Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD), Wirtschaftsdezernent der Stadt Köln, Kommunalpolitische Konferenz 2008

für den Wohnungsbau. Dabei muss das **Angebot an bezahlbaren Wohnraum für Bezieherinnen und Bezieher unterer und mittlerer Einkommen deutlich verbessert werden**. So werden seit Jahren die Planzahlen im städtischen Mietwohnungsbau nicht erreicht, der soziale Wohnungsbau kam unter der CDU / FDP Koalition fast zum Erliegen. Wohnungen für Familien mit Kindern fehlen ebenso wie Wohnraum für sozial Schwache. Stattdessen werden immer mehr hochwertige Wohnobjekte errichtet. Durch einen weitgehend von Investoren mit hoher Renditeerwartung gesteuerten Wohnungsbau wächst jedoch der Gegensatz zwischen Stadtteilen mit hoher und solcher mit geringer Wohnqualität. In letzteren leben zudem immer mehr Empfänger von Sozialleistungen. Besonders betroffen von dieser Entwicklung sind Menschen mit Migrationshintergrund, die in stärkerem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen sind und auch Alleinerziehende, die selbst mit einer Beschäftigung häufig nicht in der Lage sind, den Wohnraum ohne unterstützende Sozialleistung zu bezahlen.

Der DGB fordert Rat und Verwaltung eindring-

lich dazu auf, einen **Masterplan für die Entwicklung der gesamten Stadt** und nicht nur der Innenstadt zu entwickeln, in der in einer Kombination von Stadtentwicklung und Sozialraumentwicklung die Spaltung unserer Stadt überwunden und die **Ausgrenzung von 25 % der Wohnbevölkerung verhindert** wird.

Dabei muss die Bautätigkeit der **Wohnungsbaugenossenschaften** und besonders der GAG / Grubo besonders gefördert, Wohnungsbau und Stadtentwicklung sozialräumlich verzahnt werden. Das staatlich geförderte Investitionsprogramm für energetische Gebäudesanierungen kurbelt zudem die Bauindustrie und das Handwerk in der Region an.

## Regionale Ökonomie

Die Stadt und die kommunale Wirtschaft sorgen als Investoren für ein erhebliches Beschäftigungswachstum in der Stadt und der Region. Dabei ist die Stadt an die **Vergaberichtlinien** der EU wie des Landes gebunden. In diesem Rahmen können aber sowohl **ökologische wie soziale Ziele** vorab festgelegt werden, damit sich alle Anbieter gleichermaßen am Verfahren beteiligen können. Der DGB schlägt vor, diese Ziele in alle relevanten und geeigneten Vergaben aufzunehmen. Gender Mainstreaming, Beschäftigung Erwerbsloser, Ausbildung und die Einhaltung verbindlicher Mindestlöhne sollten soziale Ziele im Vergabeverfahren sein. Die Gewerbeaufsicht ist aufgefordert, darauf zu achten, dass nicht durch Scheinselbstständigkeit Lohn – und Sozialdumping gefördert werden.

Beim Einsatz von Erwerbslosen, sei es über Beschäftigungsträger als Ein-Euro-Jobber (EEJ) oder durch Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen, ist darauf zu achten, dass sie nicht für Lohn- und Sozialdumping missbraucht werden. Auch hier gilt gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Der Grundsatz, dass EEJs keine Arbeit auf dem frei-

en Markt verdrängen dürfen, darf nicht dazu führen, dass Erwerbslose zu Tätigkeiten gezwungen werden, die sie grob unterfordern und so eher noch dequalifizierend wirken. Auch Erwerbslose haben ein Recht auf gute Arbeit!

Stadtteile, deren Lebensqualität deutlich gesunken, können durch **kleinräumige Projekte** wiederbelebt werden. Durch eine sinnvolle Kombination von Vergabe an das örtliche Handwerk, an Beschäftigungsträger und an Stadtteilinitiativen kann Arbeit für arbeitslose Menschen geschaffen und die soziale und ökologische Infrastruktur verbessert werden. Die ARGE Köln sollte solche Projekte gezielt fördern. Der DGB schlägt vor, für Erwerbslose sinnvolle Tätigkeiten in öffentlich geförderte Beschäftigung zu schaffen.

## Aus- und Weiterbildung

Der demographische Wandel wird in Köln und der Region wesentlich später einsetzen als in anderen Teilen des Landes. Dennoch droht in den nächsten Jahren ein deutlicher Fachkräftemangel. Dafür sind drei Ursachen zu nennen:

Die ungleiche Verteilung der Chancen im gegliederten Schulsystem und grobe Versäumnisse in der Förderung von bildungsfernen Schichten verhindern eine ihrer Jahrgangsstärke entsprechende Beteiligung der nachwachsenden Generationen an der weiterführenden Bildung. Zudem mangelt es nach wie vor an Ausbildungsplätzen. Nur jeder zweite junge Mensch in Köln, der oder die sich um einen Ausbildungsplatz bewirbt, wird versorgt. **Der DGB fordert, dass jedem jungen eine qualifizierte Ausbildung ermöglicht wird. Dabei soll es sich um eine Ausbildung in Berufen mit Zukunft handeln.** Darum halten wir an einer bundesweiten und bis zu ihrer Verwirklichung einer regionalen Umlage fest. Diese sollte von den Kammern erhoben und die Mittel nach Qualitätskriterien vergeben werden.

Bei der Ausbildung sollen **junge Migrantinnen**



und **Migranten** besonders berücksichtigt werden. Ihre Quote an den Ausbildungsplätzen muss ihrem Anteil an der jeweiligen Altersgruppe entsprechen. Der DGB schlägt daher ein **Schwerpunktprogramm** vor, in dem Ziele und Maßnahmen festgelegt und je nach Branche auch realisiert werden.

Durch die Sparpolitik der Bundesregierung im Bereich der Arbeitsförderung und die Systemumstellung der Fort – und Weiterbildung sind viele sinnvolle Maßnahmen für Arbeitslose zusammengebrochen. Darum müssen die **längerfristigen Umschulungsmaßnahmen** wieder aufgenommen und auf den absehbaren regionalen Fachkräftebedarf abgestellt werden. Hier durch können auch die Potenziale von Frauen und Männer, die nach einer längeren Familienphase wieder in das Berufsleben einmünden möchten, besser genutzt werden.

Köln verfügt über ein differenziertes Weiterbildungsangebot, das sich im Netzwerk lernende Region zusammengefunden hat.

Der DGB erwartet, dass die Stadt ihren **Ausbildungsbericht** fortentwickelt und durch einen **Weiterbildungsbericht** ergänzt, aus dem der notwendige Bedarf an Aus- und Weiterbildung und weitere Schritte zu seiner Deckung hervorgehen.

## Das Kommunale Bündnis für Arbeit

Im Kommunalen Bündnis für Arbeit haben Vertreter der Kölner Wirtschaft, der Verwaltung, der Arbeitsagentur und des Rates regelmäßig Fragen der Infrastruktur und Logistik sowie der Aus- und Weiterbildung diskutiert. Auf Initiative des DGB verabschiedete das Bündnis eine Erklärung zu Gunsten des Erhaltes des Standortes der Allianz. Der DGB erwartet, dass dieses Bündnis ergebnisorientiert fortgesetzt wird. Vor allem die regelmäßige Analyse der Situation der Aus- und Weiterbildung, der gleichen Chancen von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt, die Entwicklung von Branchen und der Infrastruktur in Verbindung mit der Stadtentwicklung sind wichtige Themen.



## Soziale Gerechtigkeit durch Bildung und Integration <sup>3</sup>

Bildung hat in der öffentlichen Diskussion einen hohen Stellenwert. Stichworte wie »Wissensgesellschaft« und »lebenslanges« Lernen« gehören zum Standardvokabular einer jeden Bildungsdiskussion. Doch in internationalen Vergleichen schneiden Schülerinnen und Schüler aus Deutschland schlecht ab. Auch in Köln benachteiligt das Bildungssystem sozial Schwache und Migrantinnen und Migranten

besuchen weit überdurchschnittlich die Förderschule und Hauptschule, sind aber am Gymnasium deutlich unterrepräsentiert, was sich direkt auf ihre Ausbildungsbeteiligung und die Teilnahme an berufsvorbereitenden Maßnahmen auswirkt.

Die Landespolitik hat nach dem PISA-Schock erste Veränderungen auf den Weg gebracht. Doch das System ist schwerfällig. Es gibt keine Kenntnisprobleme sondern Umsetzungsprobleme. Die Stadt Köln ist als Schul- und Bildungsträger – und mit Blick auf die Verantwortung für die künftige Entwicklung der Stadt – gefordert, alle Handlungsräume zu nutzen, um die Bildungsaneignung und den Bildungsstand aller hier lebenden Menschen positiv zu fördern. Kommunale Bildungspolitik muss sich dabei besonders auf den zunehmenden Anteil von Migrantenkindern und –jugendlichen und auf die veränderten Familienstrukturen und Lebensbedingungen einstellen.

**Bereitschaft zur kompensatorischen Bildungspolitik:** Bildungspolitik ist eine Aufgabe der Länder. Kommunen können aber über die äußere Schulverwaltung – Gebäude, Ausstattung, Schulsozialarbeit, Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren, Ausweitung von Angeboten im Schnittfeld von Schule und Jugendhilfe, Aufbau von Unterstützungsstrukturen – direkten Einfluss auf das Bildungsgeschehen vor Ort nehmen. Hierfür sind die Bereitschaft zur kompensatorischen Bildungspolitik sowie ein stärkeres finanzielles Engagement notwendig. **Grundlage dieser Kompensatorik sollte dabei der Sozialraum sein:** Kitas und Schulen in Brennpunktvierteln brauchen eine stärkere Förderung und andere Unterstützungssysteme als entsprechende Bildungseinrichtungen in Villenvierteln. Die Kölner Gewerkschaften sind davon überzeugt, dass diese kompensatorische Bildungspolitik den Haushalt mittelfristig entlastet, weil sie mehr Menschen eine eigenständige und eigenfinanzierte Lebensführung ermöglicht.

<sup>3</sup> Dieser Teil ist das Ergebnis der Bildungspolitischen Konferenz von DGB und GEW vom November 2007.



Kommunalpolitische Konferenz 2008

**Bildung als ganzheitlicher Ansatz:** Bildung ist mehr als Schule. Bildungsprozesse finden auch in der Familie oder in anderen non-formalen Zusammenhängen statt und werden vom sozialen Nahraum entscheidend geprägt. Notwendig ist daher eine stärkere **Verknüpfung von schulischer und außerschulischer Bildung**. Hinzu kommt, dass das Bildungssystem bisher vor allem institutionell und funktional zergliedert ist. Die Übergänge zwischen den einzelnen Bildungseinrichtungen (Kita zur Grundschule, Grundschule zur weiterführenden Schule, Übergang in Ausbildung oder Studium) bilden Bruchstellen. Eine institutionalisierte Zusammenarbeit der abgebenden und aufnehmenden Einrichtungen findet bisher nicht statt. Aus diesem Grund fordern die Kölner Gewerkschaften einen ganzheitlichen Bildungsansatz, der Schule, Jugendhilfe, Sozial- und Familienpolitik, Kultur und Sport sowie Stadtentwicklung miteinander verbindet und bei allen Handelnden eine Haltung der Zuständig-

keit sowie ein anschlussbezogenes und fachübergreifendes Denken fördert.

**Köln braucht eine kommunale Bildungssteuerung:** Hierzu zählen die Vernetzung von Kitas / Schule / Jugendhilfe / Schulamt zu einem **Kompetenzzentrum Bildung**, die Schaffung eines **regionalen Bildungsbüros**. **Wir wollen damit auch Selbstständigkeit für die einzelnen Schulen unterstützen.** Grundlage der kommunalen Bildungssteuerung sollte der **Kölner Bildungsbericht** bilden, wie er vom Leitbild-Arbeitskreis Bildung vorgeschlagen wurde. Die Kölner Gewerkschaften erkennen an, dass die Stadt Köln mit der Stabsstelle zur gemeinsamen Schul- und Jugendhilfeplanung sowie mit den Bemühungen, einen Bildungsbericht zu erstellen, schon erste Schritte in diese Richtung unternommen hat. Am Beispiel des Moratoriums zum Bildungsbericht wird aber deutlich, dass die zur Verfügung stehenden kommunalen Ressourcen bei weitem nicht ausreichen.





**Bildung von Anfang an:** Der Deutsche Bildungsbericht stellt fest, dass sich frühkindliche Bildungsangebote positiv auf den späteren Bildungsweg auswirken und zu einer größeren Chancengleichheit führen. Tageseinrichtungen – in öffentlicher und privater Trägerschaft – sollten daher nicht nur eine verlässliche Betreuung gewährleisten, sondern auch eine altersgemäße frühkindliche Förderung bieten. Um dieses bieten zu können, muss für eine gute Personalausstattung gesorgt werden. Wir unterstreichen die Bedeutung von **Kindertageseinrichtungen, als Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsstätten**. Der Strukturwandel von Wirtschaft und Arbeitswelt, die Zunahme von Kinderarmut und die damit verknüpften Auswirkungen auf die langfristige Entwicklung von Kindern, die wachsende kulturelle Diversität, aber auch der Wunsch von Müttern und Vätern nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf einerseits, und die Veränderungen in den Aufgaben der Kindertagesstätten (veränderte Öffnungszeiten, Umwandlung in Familienzentren, Sozialraumorientierung) andererseits machen es notwendig, das System der Tageseinrichtungen entsprechend zu verändern. Die vorhandenen personellen und materiellen Ressourcen in den Kindertageseinrichtungen reichen nicht aus, um diesen veränderten Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen.

Für ältere Kolleginnen und Kollegen brauchen wir altersgerechte Arbeitsplätze.

**Ganzheitliche Sprachförderung:** Bildung fängt mit Sprache an. Sprache ist dabei nicht nur Medium des Lernens sondern auch Teil der eigenen Kultur und Mittel zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Einer gezielten Sprachförderung - von der Kita bis zur Sek II – kommt daher eine besondere Bedeutung zu. Die zunehmende kulturelle Diversität macht es dabei notwendig, neben der deutschen Sprache auch die Sprachen der hier lebenden Migrantinnen und Migranten stärker zu berücksichtigen und auch deren Vielfalt nutzen, z.B. durch einen **Ausbau der bilingualen Bildungseinrichtungen, durch die Verbreiterung des Konzeptes des koordinierten zweisprachigen Lernens in Deutsch und der Muttersprache (KOALA) oder aber eine bessere Verknüpfung des muttersprachlichen Unterrichts mit dem Regelunterricht** der Schulen erfolgen. Mit dem Sprachförderkonzept für städtische Kitas hat die Stadt Köln eine erste wichtige Weichenstellung vorgenommen. Nun muss dieses Konzept zügig umgesetzt und auf Kitas freier Träger übertragen werden.



**Länger gemeinsam Lernen:** Nach Auffassung der OECD führt das gegliederte Schulsystem (Förderschule, Hauptschule, Realschule, Gesamtschule, Gymnasium) zu einer sozialen Selektion und Benachteiligung. Aus diesem Grund haben sich die Kölner Gewerkschaften für das **Konzept »Eine Schule für alle« im Sinne einer integrierten Gemeinschaftsschule** ausgesprochen. Die hohen Anmelde-

zahlen an den Kölner Gesamtschulen für das Schuljahr 2008/09 zeigen, dass diese Forderung auch dem Elternwillen entspricht. Die Stadt Köln sollte daher kurzfristig die Plätze an Gesamtschulen aufstocken, z.B. durch die **Zusammenlegung bestehender Schulen des mehrgliedrigen Schulsystems**. Durch den **Ausbau des gemeinsamen Unterrichts** oder die Aufnahme von **Regelschülern an den Förderschulen** ließe sich auf kommunaler Ebene die Forderung nach einem längeren gemeinsamen Lernen unterstützen. Die Kölner Gewerkschaften sprechen sich unter dem Aspekt des längeren gemeinsamen Lernens auch für eine **flächendeckende Ausweitung des Ganztags auf alle Schulen und Schulformen** aus. Der Ganztag unterstützt dabei nach unserer Auffassung einen ganzheitlichen Bildungsansatz und schafft Raum, formale und non-formale Bildung zu verbinden.

Ergänzend zu diesen bildungspolitischen Kernforderungen sehen die Kölner Gewerkschaften auch Handlungsbedarf in angrenzenden Politikbereichen, die ebenfalls eng mit Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit verknüpft sind.

**Köln braucht ein umfassendes Integrationskonzept:** Integration ist eng mit der sozialen Frage verknüpft. Sie muss daher eine **Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche** darstellen, bedarf einer **kommunalen Steuerung (Integrations-Masterplan)**, muss sich dabei aber an **partizipativen und dialogorientierten Verfahren** orientieren. Eine erfolgreiche Integration als Prozess der Eingliederung der Migrantinnen und Migranten unter dem Aspekt der Chancengleichheit, aber ohne Aufgabe der jeweiligen kulturellen Identität, wird weder von selbst eintreten, noch durch staatliche Programme und Maßnahmen zu verordnen sein. Es handelt sich vielmehr um eine gesellschaftliche und politische Aufgabe, bei der alle - Zugewanderte, Aufnahmegesellschaft und Politik - ihre Beiträge zu leisten haben. Die Kölner Gewerkschaften unterstützen daher die Bemühungen der Stadt Köln bei der Entwicklung eines In-

tegrationskonzeptes. Sie sind aber der Auffassung, dass die bisher zur Verfügung stehenden Ressourcen und vorhandenen Arbeitsstrukturen nicht ausreichen.

**Interkulturelle Öffnung:** Integration, verstanden als gemeinsamer Prozess von Aufnahmegesellschaft und Zugewanderten, setzt voraus, dass sich auch die Aufnahmegesellschaft öffnet. Die Kölner Gewerkschaften sehen daher die Notwendigkeit, die **interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung und bei öffentlich geförderten Angeboten / Einrichtungen (z.B. Eltern- und Familienarbeit) zu verstärken**. Dies fängt mit der richtigen Aussprache »ausländischer Namen« an, geht über Grundkenntnisse der verschiedenen Herkunftsländer und Kulturen, und endet beim sogenannten Diversity-Ansatz als positive Wertschätzung individueller Verschiedenheit. Interkulturelle Kompetenz ist dabei die Basis für Chancengleichheit und verhindert die Diskriminierung.



**Sozialraumorientierung als Basis kommunalen Handels:** In den Bereichen Bildung und Integration definiert der Sozialraum einen zentralen Handlungsrahmen. Er ist Lebenswelt und Bezugspunkt und kann daher als organisatorischer Rahmen für eine Netzworkebildung genutzt werden. Das Sozialraumkonzept der Stadt Köln trägt diesem Gedanken Rechnung. Das Konzept verfolgt einen präventiven Ansatz und versucht – beispielsweise über die Familienzentren – zu einer Netzworkebildung verschiede-



ner Professionen und Einrichtungen beizutragen, um Beratungsangebote und Hilfen besser untereinander abzustimmen. Aufgrund der Haushaltslage ist derzeit aber nur ein **schrittweiser Aufbau von Sozialraumstrukturen** möglich. Ziel muss aber die flächendeckende Einführung sein, damit das Sozialraumkonzept nicht nur als Benachteiligtenförderung verstanden wird. Zudem darf aber nicht vergessen werden, dass Netzwerke professionell koordiniert werden müssen, so dass **Vernetzungsressourcen sowohl bei den Netzwerkpartnern als auch bei der koordinierenden Stelle eingeplant werden müssen**. Über das Modellprojekt Interkulturelle Stadtentwicklung ließe sich das Sozialraumkonzept der Stadt noch um einen qualitativen Aspekt erweitern, da dieses Modell neben einer Vernetzung auch die Gestaltung des öffentlichen Raums beinhaltet.



Jörg Detjen (Die Linke), Barbara Moritz (B'90/Die Grünen), Ralph Sterck (FDP), Martin Börschel (SPD), Josef Müller (CDU), Stefan Sommer (Kölnische Rundschau), Peter Densborn (ver.di), Jörg Dicken (ver.di), Uschi Röhrig (ver.di)  
Kommunalpolitische Konferenz 2008